

KLAUS SCHWEINSBERG

**SIND WIR
NOCH
ZU
RETTEN?**

**Warum Staat, Markt und Gesellschaft
auf einen Systemkollaps zusteuern**

Klaus Schweinsberg

Sind wir noch zu retten?

Klaus Schweinsberg

Sind wir noch zu retten?

Warum Staat, Markt und Gesellschaft auf einen
Systemkollaps zusteuern

FinanzBuch Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://d-nb.de> abrufbar.

Für Fragen und Anregungen:

schweinsberg@finanzbuchverlag.de

2. aktualisierte Auflage 2011

© 2011 FinanzBuch Verlag GmbH
Nymphenburger Straße 86
D-80636 München
Tel.: 089 651285-0
Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Lektorat: Monika Spinner-Schuch
Korrektur: Rainer Weber

ISBN 978-3-89879-597-5
ISBN E-Book (EPUB, Mobi) 978-3-86248-223-8

Weitere Infos zum Thema

www.finanzbuchverlag.de

Gerne übersenden wir Ihnen unser aktuelles Verlagsprogramm

INHALT

Warum Staat, Markt und Gesellschaft in den nächsten Jahren der Kollaps droht

Die beängstigenden Parallelen zu den Systembrüchen 1517, 1618, 1713, 1815 und 1914

1517: Ein Mönch stürzt die bestehende Ordnung und lehrt die Menschen Freiheit schmecken

1618: Starke Spannungen, schwache Institutionen

1713: Ein Staat muss handlungsfähig werden

1815: Das Gipfeltreffen in Wien gestaltet Europa neu

1914: Marktversagen, Staatsversagen, Moralversagen

Was uns erwartet – acht Wirkmächte dieser Dekade

Wachstum – der bewährte Problemlöser fällt aus

Der Euro – ein Experiment gerät außer Kontrolle

Inflation – warum uns die Vertreibung aus dem Stabilitätsparadies droht

Staatsbankrott – wir sind Griechenland

Eskalierende Verteilungskonflikte

Der Bürgerstaat im Niedergang – oder: Der Verlust der politischen Mitte

Kampfzone Europa: Extremismus, Terrorismus und scheiternde Staaten

Geschwächte »vierte Gewalt« – die Medien amüsieren sich zu Tode

Das fundamentale Systemversagen – ist es unvermeidlich? Was wir jetzt (noch) tun können

Das Legitimationsmonopol des Parlaments

Wir sind das Volk – aber leider ohne (direkte) Rechte

Mehrheitswahlrecht statt organisierte Verantwortungslosigkeit

Vom Bürger zum Bürger – und zurück

Den Bürgern (mehr als) eine Stimme geben

Schlanker Föderalismus statt teure Folklore

Harte Regeln statt europäische Kuschelei

Echte Haftung statt falsche Bankenabgaben
Haltung muss sich wieder lohnen

Nachwort:

Die Geringschätzungsspirale gefährdet unsere Demokratie

Danksagung

Literatur

Stichwortverzeichnis

WARUM STAAT, MARKT UND GESELLSCHAFT IN DEN NÄCHSTEN JAHREN DER KOLLAPS DROHT

»So foul a sky clears not without a storm.«

WILLIAM SHAKESPEARE

Die Weltwirtschaft hat sich scheinbar gefangen, die Auftragsbücher der Unternehmen füllen sich, die Gewinne sprudeln, die Börsen haben sich erholt. Auch die Zocker sind erneut an den Finanzmärkten unterwegs, mit Rohstoffen wird wie verrückt spekuliert. Alles wird wieder gut, alles läuft wieder wie vor dem Zusammenbruch der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers, deren Pleite die Welt in den Abgrund zu reißen drohte.

Im weltweiten Konjunkturaufschwung marschiert Deutschland mit an der Spitze. Dabei hatte es wie kaum ein anderes Land eine Schrumpfung seiner Wirtschaft zu verkraften. Gar manche internationale Beobachter, die noch vor Kurzem unserem Land ein Dauersiechtum prophezeit hatten, bescheinigen uns jetzt allerbeste Perspektiven. Und doch umtreibt bei aller Genugtuung viele Bundesbürger ein mulmiges Gefühl.

Man kennt die Diagnose aus der Medizin. Der Patient leidet seit Längerem an diversen Krankheiten. Jede der Schwächen ist zwar belastend, aber für sich genommen nicht besorgniserregend. Doch plötzlich kippt die Entwicklung. Aus beherrschbaren Krankheiten entsteht über Nacht eine letale Kettenreaktion. Die Ärzte müssen kapitulieren. Sie können nur noch multiples Organversagen konstatieren.

Deutschland treibt in der 2010 angebrochenen Dekade auf eine vergleichbare Entwicklung zu: auf ein multiples Organversagen. Und zwar der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Organe.

In aller Kürze könnte das ärztliche Bulletin für die Republik ungefähr wie folgt lauten: Nach dem schweren Zusammenbruch zur Jahreswende 2008/2009 kommt der ökonomische Kreislauf des Patienten nicht mehr richtig in Schwung. Zwar schreitet seine Genesung zunächst zu aller Überraschung zügig voran, er blüht geradezu auf, die starke Exportnachfrage wirkt wie ein Dopingmittel. Doch diese Phase erweist sich nur als kurze Episode. Den Patienten holt alsbald sein wahrer innerer Zustand ein. Um Körper und Kopf ist es nicht gut bestellt, der harmonische Gleichlauf zwischen den Teilen geht verloren. Die Balance zwischen Jung und Alt kippt. Die Bevölkerung schrumpft und altert – und so verliert der deutsche Patient fast zwangsläufig an Substanz und Spannkraft. Jugendliche Unbeschwertheit und Unbefangenheit, Erfindergeist und Veränderungsbereitschaft schwinden. Vor diesem Hintergrund fällt die längerfristige Prognose ungünstig aus. Das Leistungsvermögen kann sich nur schleppend verbessern. Nennenswertes wirtschaftliches Wachstum bleibt nach dem Zwischenhoch 2010 das auf das 2011 ausstrahlt, auf Jahre hin aus.

Auch die politische Konstitution ist ein Jammer. Der Staat steht auf zunehmend wackligen Beinen. An keiner Stelle gelingt es ihm, Stärke zu zeigen. Die dringend überfällige Sanierung der Staatsfinanzen wird im parteipolitischen Klein-Klein totgeredet. Die Regierungen im Bund und in den Ländern scheitern darin, den Kreditbedarf des Staates auf Dauer zu drosseln. Für echte Reformen in den Bereichen Gesundheit, Bildung und Demografie fehlen Mut und Willenskraft. Der Staat wirkt zunehmend gebrechlich und anfällig (für falsche Ratgeber aus den Reihen der Lobbyisten).

Der schwächliche Auftritt zehrt gewaltig an der Legitimität. Die Bevölkerung verliert ihren Glauben an die Institutionen der repräsentativen Demokratie und der Marktwirtschaft. Der politische Frust führt zu wachsender Wahlverweigerung und Desinteresse an der Politik. Mit dem Ansehen des Systems verfällt auch die Akzeptanz parlamentarisch getroffener Mehrheitsentscheidungen oder demokratisch legitimierter Verwaltungsakte. Immer öfter begehren Betroffene vor Gerichten auf. Oder es formiert sich eine Abwehrfront in der Gesellschaft, organisiert von einer Handvoll Aktivisten, die eine große Zahl Gleichgesinnter in kurzer Zeit zu mobilisieren verstehen, wobei ihnen die neuen elektronischen Formen der Kommunikation per Twitter, Blogs und Chats eine große Durchschlagskraft verleihen, wie sie der außerparlamentarischen Opposition der Achtundsechziger nicht zur Verfügung stand.

Auf allen Ebenen mischen sich Bürgerbewegungen ein. Mal stoppen sie ein halbfertiges Kohlekraftwerk im nordrhein-westfälischen Datteln, mal verhindern sie den Abriss des maroden Schauspielhauses in Köln zugunsten eines Neubaus. Mal wehren sie sich gegen den Bau von Hochspannungsleitungen durch den Thüringer Wald, um den Strom der in Nord- und Ostsee gelegenen Windparks in den Süden der Republik zu transportieren. Dann wiederum erzwingen sie in Bayern ein totales Rauchverbot in Gaststätten und wenden in Hamburg eine Schulreform ab, die durch längeres gemeinsames Lernen von Schülern die Integration der sich sozial auffächernden Gesellschaft verbessern sollte. Der politische Kampf verschärft sich. Der Protest verlagert sich zunehmend auch auf die Straße, wie der Bürgerprotest gegen Stuttgart 21 und die Massendemonstrationen gegen den Ausstieg aus dem Ausstieg bei der Kernenergie zeigen. Schon steht am Bauzaun des umkämpften Hauptbahnhofs wie ein Menetekel geschrieben: »Kairo – Tunis – Stuttgart«.

In den neuen Beteiligungsformen können große Gefahren für unser politisches System lauern, vielleicht aber auch Chancen für eine Revitalisierung unserer Demokratie liegen.

Wohlwollend betrachtet: Überall entstehen Graswurzelbewegungen, bilden Bürger spontan und punktuell Allianzen auf Zeit zur Durchsetzung wichtiger Anliegen der Allgemeinheit. Sie nehmen mehr und mehr die Geschicke des Landes in die eigene Hand. Hier entwickeln sich die Keimzellen neuer Formen direkter Demokratie.

Argwöhnisch betrachtet: Eine Event-Demokratie ist im Entstehen. Die Fraktion der Latte-macchiato-iPhone-Jünger ist dabei, ihre Vorstellungen vom guten Leben zur allgemeinen Norm zu machen. Auf dem Weg dorthin erobert diese artikulationsmächtige Minderheit sukzessive die Deutungsmacht über die Politik, dirigiert zunehmend Stimmungen und Aktionen und verdrängt die Stammtische als Träger der politischen Lufthoheit im Land. Ihre Stärke liegt im Neinsagen, ihre inhaltlichen Positionen richten sich gegen Veränderungen. Damit treffen sie das Grundgefühl eher unpolitischer, aber von unversicherter Mittelschichten, deren Status durch Globalisierung, technischen Fortschritt und Arbeitsmarktflexibilisierung erschüttert wird und die sich daher von den Lifestyle-Aktivisten für deren Zwecke einspannen lassen.

Die Demokratie steht am Scheideweg: Werden die Parlamente als die Orte kritischer Reflexion, als die Agenten des Gemeinwohls und Inhaber demokratisch legitimierter Entscheidungsgewalt abgelöst und entmachtet? Oder saugt das politische System die neuen Bürgerbewegungen auf, was unserem Land einen großen Innovationsschub von unten bringen könnte?

Die politische Verunsicherung wächst. Der Veränderungsdruck ist groß. In welche Richtung sich unser demokratisches System bewegt, ist offen. Die Unruhe in den Sechzigerjahren des vorigen Jahrhunderts führte zu der 68er-Bewegung und den von ihr initiierten Umwälzungen, aus denen die Demokratie gestärkt hervorging. In der Weimarer Republik endete die politische Unzufriedenheit im Totalitarismus.

Der öffentliche Applaus für die Thesen von Populisten am linken und rechten Rand schwillt jedenfalls an. »Eine resentmentgeladene Kulturrevolte der schweigenden Mehrheit« spürt der Philosoph Rüdiger Safranski im Deutschland unserer Tage. Thilo Sarrazin hat sich – eher unbeabsichtigt – zu deren Sprachrohr gemacht. Die durch akuten Leser- und Anzeigenschwund geschwächten Medien hecheln jedem Tabubruch hinterher, um Auflage zu pushen – und empfehlen sich dadurch als Steigbügelhalter von Populisten jeder Couleur. Verfestigt sich der im Zuge der Integrationsdebatte hochkommende Widerstand gegen Zuwanderung, dann wird das vergreisende Deutschland die Folgen bald zu spüren bekommen: Die Bewältigung des demografischen Wandels wird für uns alle noch teuer, wenn nicht für uns, dann für unsere Kinder.

In vielen anderen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sieht es sogar schon schlimmer aus. Dort sind rechte Populisten bereits in den Parlamenten, teils sogar in der Regierungsverantwortung. Staaten wie Frankreich, Ungarn und die Niederlande machen offen Front gegen ausländische Minderheiten. Wirtschaftlich hängen immer mehr Volkswirtschaften am Tropf von EU-Bürgschaften und/oder Kredithilfen der Weltbank beziehungsweise des Internationalen Währungsfonds. Es ist ein Armutszeugnis für Europa und stürzt den alten Kontinent in neue ungewisse Abhängigkeiten, dass Peking mit Geldern aus seiner gut gefüllten Devisenschatulle die strauchelnden Euro-Mitglieder Griechenland und Portugal unter die Arme greifen muss. Die Sorge um den Euro wächst. Das bisher recht harte Geld droht durch die Schuldenwirtschaft und erwartete Inflation weich zu werden. Die Folge wäre: Wachsendes Misstrauen

und dann Kapitalflucht der internationalen Anleger. In Deutschland wird der Ruf nach einer Währung nur für Kerneuropa oder einer Rückkehr zur D-Mark lauter.

Zugleich nehmen rasant und merklich die Belastungen für die Bürger zu: Die Alterung der Bevölkerung und die Fortschritte in der Medizin lassen die Kosten ins Kraut schießen. Krankenkassenbeiträge, Abgaben und Steuern kennen nur einen Weg – nach oben.

Jede dieser Entwicklungen wäre eigentlich zu kurieren. Überlagern sich indes diese Gebrechen, dann entsteht so viel Druck im politischen und wirtschaftlichen System, dass es am Ende zusammenbrechen muss: das multiple Organversagen.

Das System mag versagen, die Menschen bleiben. Sie werden sich ihren Weg bahnen – vorbei an schwachen demokratischen Institutionen und schlecht funktionierenden Märkten.

Dass Organversagen gerade jetzt droht, ist kein Zufall. Blickt man in die letzten 500 Jahre der europäischen Geschichte, so lässt sich feststellen, dass es mit schöner Regelmäßigkeit in der zweiten Dekade eines Jahrhunderts zum Systembruch kommt.

Gewiss, jeweils schon zum Ende eines Jahrhunderts steigt die Nervosität, keimt die Angst der Bevölkerung vor dem Ende der Welt. Endzeitpropheten haben Hochkonjunktur. Unsere Generation durfte das Ende der 1990er-Jahre erleben. Zunächst sollte die Einführung des Euro den Untergang Europas besiegen. Dann bangten wir alle auf endzeitlich gestimmten »Year 2000«-Partys, ob die digitale Welt an der Umstellung der Computer von 1999 auf 2000 zerschellen würde.

Nie in der jüngeren Geschichte endete indes eine Epoche zeitgleich mit dem Auslaufen des jeweiligen Jahrhunderts. Dort fand gewissermaßen nur der erste Fieberschub statt. Die bedrohliche Krankheit brach stets erst zwei Dekaden später aus. Es war immer die Phase zwischen den Jahren 10 und 20, in der ein Systembruch stattfand.

Nicht wenige Indizien deuten darauf hin, dass der Zusammenbruch in diesem Jahrzehnt bereits in den Jahren 2012 bis 2014 erfolgen könnte. In diesem

Zeitraum ballen sich mehrere Ereignisse, die das Zeug für einen gefährlichen Cocktailmix liefern.

2014 hat das Zeug zum Schicksalsjahr – für die Zukunft Europas und Deutschlands Verankerung in der Staatengemeinschaft. Spätestens dann wird sich nach dem Rettungsprogramm vom Frühjahr 2010 zeigen, ob Griechenland wieder auf eigenen Füßen stehen kann. Die getroffenen Hilfsvereinbarungen mit dem Internationalen Währungsfonds und der Euro-Zone laufen zwar bereits 2013 aus, aber wenn Griechenland nicht völlig abdreht, dürften auch die Helfer guten Willen zeigen und ihre Hilfen prolongieren. Der IWF zumindest hat seine Bereitschaft dazu schon vorsichtig angedeutet. Auch andere, schon heute instabile Länder wie Ungarn und Litauen, denen der IWF und die EU ebenfalls finanziell unter die Arme gegriffen hat, stehen 2014 vor einem Leistungsexamen.

Bis dahin wird sich auch entscheiden, ob die geschwächte Supermacht USA sich wieder erholt und trotz hartnäckiger Wachstumsschwäche und ungewöhnlich hoher Arbeitslosigkeit die weiter wachsende Staatsverschuldung und das gewaltige Handelsdefizit in den Griff bekommt. Nouriel Roubini, der als einer der wenigen Ökonomen mit seinen Prognosen in den letzten Jahren richtiglag, sagt dazu: »Das Risiko, dass in den nächsten zwei oder drei Jahren etwas Ernstes in den Vereinigten Staaten passiert, ist erheblich.«

Bis zur Mitte des Jahrzehnts wird sich auch herausstellen, ob die politischen Anstrengungen auf globaler Ebene fruchten, das internationale Finanzsystem dauerhaft zu stabilisieren und unverantwortlichen Spekulanten einen Riegel vorzuschieben. Im Kern geht es darum, »vernünftige Proportionen zwischen nominalen Geschäften und realer Wertschöpfung wieder herzustellen«, sagt Ex-Finanzminister Peer Steinbrück. Jetzt ist die Abweichung gefährlich groß: Das Handelsvolumen an den Finanzmärkten ist auf 4400 Billionen Dollar ausgeufert und beträgt damit 70 Mal so viel, wie das jährliche globale Bruttoinlandsprodukt.

Weltpolitisch wird die Sicherheitslage wohl noch heikler als heute. Politische Beben, ausgelöst von den politisch und sozial unzufriedenen Massen sowie drastisch steigenden Nahrungsmittelpreisen, drohen den gesamten Krisenbogen von Nordafrika über die Golfstaaten bis hin zu den Semi-Diktaturen in Zentralasien zu erschüttern, aus dem die Welt und auch Deutschland einen Großteil seines Energienachschubs beziehen und wo die meisten Vorräte lagern. Die Außenpolitiker wiederum werden, angeführt von dem um seine Wiederwahl

fürchtenden US-Präsidenten Barack Obama, den Abzug vom Hindukusch beschleunigen und damit womöglich einen sicherheitspolitischen Dammbrech in Europa auslösen.

Denn den wachsenden Freiraum werden radikalislamistische Gruppen als logistische Basis für Terroreinsätze im Westen zu nutzen wissen – und in der Region schlimmstenfalls an die Atomwaffen Pakistans kommen. Kurzum: Die Sicherheitslage weltweit und auch in Deutschland wird deutlich prekärer, als sie heute schon ist.

In Deutschland könnte die Bundestagswahl 2013 eine rot-rot-grüne Koalition ans Ruder bringen. In der Finanz- und Währungspolitik dürfte diese Regierungskoalition geneigt sein, eher stärker auf Schuldenpolitik zu setzen. Gewissermaßen auf den Spuren von Oskar Lafontaine wird sie das Bündnis mit Paris suchen – gegen die stabilitätsbewusste EU-Kommission und gegen die Währungshüter der Europäischen Zentralbank. Die Stabilität des Euro würde zerfließen. Nicht zuletzt deshalb prognostiziert Roland Leuschel, der den Einbruch am Aktienmarkt im Jahr 1987 und das Finanzdebakel 2008 sauber vorhergesehen hat, den großen Knall: Für 2014 sieht er die nächste Währungsreform voraus.

Geschichte wiederholt sich nicht. Aber sie verläuft in Zyklen des Aufstiegs und des Niedergangs von Gemeinwesen. Blickt man auf die letzten 500 Jahre, so ist auffallend, dass ausgerechnet jeweils im zweiten Jahrzehnt eines Jahrhunderts ein Systembruch stattfand. Meist unvermittelt, immer mit heftigen und weitreichenden Implikationen. Nicht selten erwuchs aus dem Systemkollaps anschließend eine Ordnung, die besser und stabiler war. Nach dem Systembruch wurde nicht immer alles schlechter, aber es wurde eben anders.

Viele Gründe legen nahe, dass auch das 20. Jahrhundert in der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts sein Ende finden wird. Wie tief greifend und wie schmerzlich dieses Ende sein wird, steht nicht fest. Noch haben Politik und Wirtschaft die Chance, einzugreifen. Und die Zeit, sich ernsthaft anzuschicken, die einzelnen Krankheiten zu therapieren und das Land insgesamt in eine gute Zukunft zu steuern. Leugnen wir weiterhin deren Existenz, wird ein multiples Organversagen wahrscheinlich.

DIE BEÄNGSTIGENDEN PARALLELEN ZU DEN SYSTEMBRÜCHEN 1517, 1618, 1713, 1815 UND 1914

»The inevitable never happens. It is the unexpected always.«
JOHN MAYNARD KEYNES

Alles auf Anfang? Der Finanzhurrikan, den der Kollaps der US-amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 ausgelöst hat, flaut ab. Ein Konjunkturaufschwung sprießt und mit ihm die Erwartung, man könne im Prinzip weitermachen wie in der Vorkrisenzeit. Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann stimmte als Erster, nur ein halbes Jahr nach der verheerenden Lehman-Pleite, das alte Lied an: Sein Haus verfolge dasselbe Renditeziel wie vor dem großen Crash: 25 Prozent Gewinn auf das Eigenkapital.

Auch wenn die Öffentlichkeit die Ansage aus Frankfurt mehrheitlich mit Unmut quittierte, dürften solche Ankündigungen prominenter Wirtschaftsführer ihre Wirkung in der Finanz- und Unternehmenswelt nicht verfehlen. Sie erzeugen ein Klima, in dem Zweifel an den alten Geschäftspraktiken den Hautgout von Zaudern und Zagen verströmen. Wem im Management steht zu viel Nachdenklichkeit schon gut zu Gesicht? Das könnte als Unsicherheit wahrgenommen werden. Das etablierte Rollenbild verlangt jedoch entschlossenes Führen. Warum neue rigorose Regulierungen für die Finanzmärkte? Macht nicht Bürokratie alles nur schlimmer? Es wird schon alles so weitergehen wie bisher. Wenn die Nummer eins der Finanzbranche das so locker dahersagt. Wenn die alte Geldmaschine längst wieder Milliardengewinne produziert, als ob nichts gewesen wäre.

Doch eine Reset-Taste gibt es nur am Computer. Nicht im Zeitstrom der Geschichte. Vielmehr drängt der Blick auf das vergangene halbe Jahrtausend einen ganz anderen Eindruck auf: Bei der Finanz- und Wirtschaftskrise handelt

es sich nicht nur um ein kleines Aufflackern, sondern dürfte sich der Crash als Teil einer umfassenden Systemkrise herausstellen. Die vergangenen fünf Jahrhunderte schreien nach dieser Fortsetzungsgeschichte: Deutschland steuert auf eine Wende von epochaler Dimension zu.

Denn wir schreiben die zweite Dekade des 21. Jahrhunderts. In das zweite Jahrzehnt fallen mit schöner Regelmäßigkeit Ereignisse von großer historischer Tragweite. Die Konstanz besticht. Der Rückblick auf die fünf vergangenen Jahrhunderte offenbart die Konstante: 1914 – der Ausbruch des Ersten Weltkriegs; 1815 – die Neuordnung Europas durch den Wiener Kongress; 1713 – der Start von Preußens Aufstieg zu einer europäischen Großmacht; 1618 – der Beginn des Dreißigjährigen Kriegs durch den Prager Fenstersturz; 1517 – die Reformation.

Die Nachwelt hat diese Jahre zu Epochenjahren geadelt. Sie stellen eine historische Zäsur dar, indem sie die nachfolgenden Entwicklungen grundsätzlich verändert und entscheidend geprägt haben. Sie markieren nicht allein Endpunkt und Anfang, sie bilden vielmehr auch eine Brücke historischer Kontinuität. In ihnen verknoten sich Neuerungen im geistigen Denken, technische Innovationen, ökonomische Impulse und politische Veränderungen. Sie haben Transformationsschübe ausgelöst.

1517: Ein Mönch stürzt die bestehende Ordnung und lehrt die Menschen Freiheit schmecken

Martin Luther veröffentlicht seine berühmten 95 Thesen. Darin rechnet der Augustinermönch und Hochschullehrer mit den Geschäftspraktiken der Papstkirche ab, die durch Luxusleben, Prunksucht und Monumentalbauten strapazierten Finanzen mit Ablasshandel aufzubessern. In den Folgejahren fundiert und verschärft Luther seine Kritik. Sein Vorgehen erscheint den Zeitgenossen als Totalangriff auf die Grundfesten der vermeintlich göttlichen Ordnung. Die kirchlichen und die mit ihr verbandelten weltlichen Spitzen des Systems, Papst und Kaiser, gehen gegen den Tabubrecher vor.

Dass Luther die Thesen eigenhändig an die Tür der Wittenberger Schlosskirche genagelt hat, mag Fiktion sein. Tatsache ist, dass seine Streitschrift sich in

Windeseile in Europa verbreitet und großen Rückhalt findet. Die Folgen sind gewaltig. Luthers Aufbegehren gibt einen Anstoß für Europas großen Entwicklungsschub. 1517 ist eines der Epochenjahre, an denen die Historiker später den Beginn der Neuzeit festmachen werden. Die politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Strukturen verändern sich grundlegend. Soziologen wie dem Deutschen Niklas Luhmann und dem US-Amerikaner Immanuel Wallerstein zufolge beginnt damals die Vielzahl weitgehend isolierter Gesellschaften sich in ein Weltsystem zu verwandeln. Einzelne gesellschaftliche Bereiche differenzieren sich. So bilden sich Teilsysteme wie Politik und Ökonomie heraus. Aus den mittelalterlichen Personenverbänden werden institutionelle Flächenstaaten.

Luthers Tat wäre lediglich als eine Fußnote der Geschichte in Erinnerung geblieben, wenn nicht die Zeit dafür reif gewesen wäre. Ein Jahrhundert zuvor war der böhmische Reformator Jan Hus für ähnliche Thesen beim Konzil von Konstanz auf dem Scheiterhaufen gelandet. Bei gleicher Gelegenheit wurde der Engländer John Wyclif, der Vergleichbares propagiert hatte, nachträglich als Ketzer verurteilt, die Gebeine des 1415 Verstorbenen wurden 1428 ausgegraben und verbrannt.

Den Reformator Luther begünstigt die außenpolitische Lage des Reichs. Der junge papsttreue Kaiser Karl V., der 1519 ins Amt kommt, muss sich Angriffe der Türken im Südosten des Reichs erwehren, im Westen sorgt Frankreichs König für Dauerstress. Die äußere Bedrohung schwächt die Position des Kaisers im Innern. Um die Kräfte zu bündeln, kann er den Konflikt mit den Lutheranern nicht auf die Spitze treiben und die Sache des Papstes notfalls mit Waffengewalt durchsetzen. Das Dilemma des Kaisers nutzen gar manche Regionalfürsten geschickt zum Ausbau ihrer machtpolitischen Position. Und vor aller Augen demonstrieren sie ihre neue Stärke, indem sie sich als Schutzherren des für vogelfrei erklärten Reformators gerieren.

Das System Luther funktioniert überdies dank innovatorischer Impulse. Die Reformation ist ein Erfolg der »Medienrevolution«, wie der Historiker Johannes Burkhardt herausgearbeitet hat. Bahnbrechend war die Entdeckung des Buchdrucks wenige Jahrzehnte zuvor. Im Zusammenspiel mit dem Gebrauch der deutschen Sprache ermöglicht der technische Fortschritt im Printbereich die rasche und massenhafte schriftliche Verbreitung der Thesen Luthers und seiner

Gesinnungsgenossen. Die Bibelübersetzung vom Lateinischen ins Hochdeutsche macht dieses Idiom im Laufe der Zeit zur Alltagssprache.

Zu den ideologischen Grundlagen von Luthers Durchbruch zählen Humanismus und Renaissance. Die Rückbesinnung auf antike Geistesgrößen und Denkgebäude hat die Alleinstellung päpstlicher Weltsicht relativiert. Die intellektuelle Elite Europas, die an Fürstenhöfen und Universitäten Einfluss nimmt, hat auf der Basis der alten Einsichten das Individuum, Individualität und Subjektivität entdeckt. Der Reformator und seine Epigonen können daran anknüpfen. Ihre theologisch-philosophischen Anstöße bereichern das neue Gedankengut.

Den ökonomischen Fortgang der Geschichte beeinflusst allen voran der calvinistische Flügel der Protestanten. Seine Vordenker begründen das Primat der Praxis. Danach spiegelt der wirtschaftliche Erfolg das von Gott vorbestimmte Schicksal des Einzelnen wider. Durch sein Handeln auf dieser Erde offenbart sich dem Gläubigen der Fingerzeig der Vorsehung. Auf diese sogenannte Prädestinationslehre führt der deutsche Soziologe Max Weber den Siegeszug des Kapitalismus und den einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung in Europa zurück.

Die Reformation vertieft die Fragmentierung Deutschlands. Die sich im 16. Jahrhundert herausbildenden modernen Territorialstaaten bekommen geistig-religiöses Unterfutter. Die Konfessionalisierung zwischen Lutheranern, Reformierten und Katholiken ist Segen und Fluch zugleich.

Einerseits verfestigen die konfessionellen Gegensätze die föderalen Strukturen im Reichsverband. Die freien Reichsstädte sowie die Residenzstädte der vielen hundert Kleinstaaten – Anfang des 19. Jahrhunderts gab es fast 1800 Herrschaftseinheiten – führen zu einer Vielfalt geistiger Zentren, zum fruchtbaren Wettbewerb untereinander und zu vergleichsweise ausgeglichenen Lebensverhältnissen in Deutschland. Andererseits führt die Konfessionalisierung zu wachsenden machtpolitischen, ideologisch aufgeladenen Spannungen, die ein Jahrhundert nach Luthers Thesen zum Dreißigjährigen Krieg führen. Außerdem versperrt die konfessionell untermauerte Kleinstaaterei den Weg zum Zentralstaat, auf dem Frankreich und England bereits zügig voranschreiten. Deutschland dagegen wird zu einer verspäteten Nation. Das Land kann die Einheit erst im 19. Jahrhundert vollenden.

1618: Starke Spannungen, schwache Institutionen

Die Aktion hat nach heutigen Maßstäben einen eventartigen Charakter: In Böhmen kocht der konfessionelle Konflikt hoch. Die evangelischen Stände sehen die ihnen zugestandene Religionsfreiheit und politischen Rechte durch die katholischen Landesherren aus Wien verletzt. Vertreter der Stände improvisieren daraufhin auf der Prager Burg eine Gerichtsverhandlung und stürzen anschließend die anwesenden kaiserlichen Gesandten aus dem Fenster. Die Opfer bleiben unversehrt. Die sogenannte Defenestration, eine zu jener Zeit nicht unübliche Zwangsmaßnahme, löst dennoch eine Katastrophe aus: den Dreißigjährigen Krieg.

Die Ursache wurzelt in den unversöhnlichen Machtansprüchen von Protestanten und Katholiken. Die konfessionellen Spannungen haben sich in den vergangenen hundert Jahren aufgestaut, Friedensverträge konnten die Lage jeweils nur kurz beruhigen. Die Entscheidungsinstanzen des Reiches sind seit Jahrzehnten blockiert, eine Entscheidungsfindung ist unmöglich. Die konfessionellen Lager haben sich in festen politischen Allianzen formiert. Da hat es nur des Funkens Fenstersturz bedurft, um einen Großbrand zu entfachen. Fast alle europäischen Staaten mischen in dem Konflikt mit und die deutschen Lande sind Europas blutiges Schlachtfeld.

Epidemien und Hungersnöte, auch eine Folge der »Kleinen Eiszeit«, verschlimmern die Leiden. Die Welt scheint aus den Fugen geraten zu sein. Die Menschen sind tief verunsichert. Sie erfasst ein Krisengefühl. Der Volksmund spricht von einer »Heimsuchung Gottes«. Zwei Drittel der Bevölkerung fallen dem Krieg zum Opfer. Beim Friedensschluss im Jahr 1648 leben nur noch sechs Millionen Menschen.

Grausamkeiten und Verderben werden in der Alltagskultur verarbeitet und wachgehalten. Beispielsweise in diesem Volkslied: »Maikäfer flieg! Der Vater ist im Krieg, die Mutter ist im Pommerland und Pommerland ist abgebrannt. Maikäfer flieg!« Das Lied ist in ganz Deutschland zu Hause; noch vor drei, vier Jahrzehnten zählte es zum musikalischen Kanon der Kinder.

Der Dreißigjährige Krieg koppelt Deutschland vom übrigen Europa ab. Große Erfindungen finden außerhalb statt. Der Franzose René Descartes und der

Engländer Isaac Newton sind die Geistesheroen des Jahrhunderts. In Frankreich bilden sich unter den Herrschern Ludwig XIII. und seinem Nachfolger, Ludwig XIV., die absolutistische Herrschaft, der effektive Zentralstaat und die merkantile Wirtschaftsform heraus, Ökonomie und Kultur blühen auf. England legt in der Auseinandersetzung zwischen Königtum und Republik den Grundstein für Freiheitsrechte der Bürger und für die parlamentarische Monarchie. Überdies steigen der Inselstaat wie auch die Niederlande zu führenden Wirtschaftsmächten Europas auf.

Immerhin verständigen sich die Kriegsparteien im Westfälischen Frieden, der den Dreißigjährigen Krieg im Jahr 1648 beendet, auf bis heute hochgehaltene Prinzipien für das Miteinander der Staaten: Im Völkerrecht gelten die Grundsätze von Souveränität und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten eines Landes.

1713: Ein Staat muss handlungsfähig werden

Friedrich Wilhelm I. wird König in Preußen. Der Monarch wird einer der bedeutendsten Herrscher für Deutschland werden. Denn während seiner 27-jährigen Regierungszeit schafft er die Grundlagen für den Aufstieg Preußens zur europäischen Großmacht und zur Hegemonialmacht in Deutschland. Unter deren Regie wird im späten 19. Jahrhundert die deutsche Einheit vollzogen.

Beim Amtsantritt findet Friedrich Wilhelm I. prekäre Bedingungen vor. Das Land im äußersten Nordosten des deutschen Reichsverbandes ist territorial zersplittert, wirtschaftlich rückständig und bitterarm. Es ist verschrien als »Streusandbüchse des Heiligen Römischen Reiches«. Die Staatsschatulle ist leer und zudem erbt der 25-Jährige einen riesigen Schuldenberg. Die ökonomische Schwäche bewirkt Ohnmacht in auswärtigen Angelegenheiten. Wenn die europäischen Nachbarn Angelegenheiten von Krieg und Frieden behandeln, sitzt Preußen am Katzentisch.

Der Hohenzollern-Herrscher verschreibt sich einem ehrgeizigen, in der Substanz hochmodernen Regierungsprogramm. Der Staat soll handlungsfähig werden, die Wohlfahrt der Bevölkerung steigen. Diese Ziele will er erreichen durch Sparen, Fördern von Wirtschaft und Bildung, Einwanderung sowie Stärkung der äußeren

Sicherheit. Im Zeitalter des Absolutismus hat er die Macht, das Programm durchzuziehen.

Untypisch für die damalige Zeit ist Friedrich Wilhelms Regierungsstil. Erzogen im Geist des Calvinismus, betrachtet er den Staat nicht als persönliche Beute für ein Leben im Luxus, sondern – anders als auch sein Vater – in Bescheidenheit. Dem Vater gewährt der 25-jährige Thronerbe noch die gewünschte Beerdigung in Pomp, verzichtet aber selbst auf eine aufwendige Krönungszeremonie. Er streicht die Kosten der Hofhaltung drastisch zusammen. »Plus machen« heißt Friedrich Wilhelms Handlungsmaxime.

Der König lebt die protestantische Arbeitsethik. »Der liebe Gott hat Euch auf den Thron gesetzt, nicht zu faulenzeln, sondern zu arbeiten und seine Länder wohl zu regieren«, sagt er einmal seinem Sohn. Pflichtgefühl, wirtschaftliches Erfolgsstreben, Effizienz und Gemeinwohlorientierung werden zur DNA der preußischen Staatsdiener.

Den Staatsdienern fällt bei der Aufholjagd des rückständigen Preußens zwangsläufig eine Hauptrolle zu. In England hat sich ein wirtschaftlich aktives Bürgertum gebildet, das die Entwicklung vorantreibt. In Preußen fehlt es, sodass der Staat die Lücke füllt. Friedrich Wilhelm forciert den Aufbau einer Textilindustrie. Auch in der Landwirtschaft wird der Herrscher zum wichtigen Entwicklungshelfer. Staatlicher Interventionismus in Deutschland hat in dieser Zeit Wurzeln geschlagen; die ersten volkswirtschaftlichen Lehrstühle, die der Monarch einrichten lässt und die zu den ersten ihrer Art in Europa gehören, stellen die Praxis auf eine systematische Grundlage. Dass der Fortschritt von oben kommt, beweist Friedrich Wilhelm ebenfalls in der Bildungspolitik. Er führt 1717 die allgemeine Schulpflicht ein, Bayern etwa erst 90 Jahre später. Auch die Einwanderungspolitik steht im Dienst der Ressourcenmehrung. Der König lockt mit Freiheitsrechten und Steuerprivilegien. In Böhmen und Salzburg verfolgte Protestanten kommen ins Land. Sie bringen vielfältige Erfahrung und Know-how mit. Ebenso Franzosen und Schweizer wie Holländer, die bei der Binnenkolonisation Preußens wichtige Dienste leisten. Das holländische Viertel in der alten preußischen Residenzstadt Potsdam zeugt noch heute vom großen niederländischen Einfluss.

Die Stärkung der Wirtschaftsbasis dank der aggressiven Förderung und die strikte Sparsamkeit bei der Hofhaltung schaffen finanziellen Spielraum für die

Sicherheitspolitik. Dafür erzeugen die Verschiebungen im europäischen Machtgefüge neue Bedürfnisse. Die Niederlage der österreichischen Habsburger im Spanischen Erbfolgekrieg (1701 bis 1713) beendet deren Westorientierung. Infolgedessen schwindet auch die Aufmerksamkeit für die von ihnen regierten deutschen Lande. Österreich wendet sich fortan der Expansion im Osten und Südosten zu.

Der fast gleichzeitig mit dem Erbfolgekrieg stattfindende Nordische Krieg verändert gründlich die Mächtekonstellation an der deutschen Nord- und Ostgrenze: Schweden zieht sich mit Ausnahme von Restposten aus Deutschland zurück. Der Sieger Russland drängt auf Europas Bühne und beginnt, zunehmend Einfluss auf die deutschen Geschicke zu nehmen.

An dem großen Machtspiel soll Preußen teilnehmen können, und zwar auf Augenhöhe. Danach trachtet Friedrich Wilhelm mit Anbeginn seiner Regentschaft. Vorher hat er die demütigende, ihn nachhaltig prägende Erfahrung gemacht, dass Russland Preußens militärische Schwäche ausnutzt und seine Soldaten frech durch das neutrale Preußen marschieren lässt. Und beim Frieden von Utrecht, der den Spanischen Erbfolgekrieg beendet, werden Preußens Forderungen kaum berücksichtigt.

Friedrich Wilhelm zieht die Konsequenz, indem er massiv aufrüstet. Er verdoppelt das stehende Heer auf 80 000 Mann. Gemessen an der Bevölkerungszahl müsste das heutige Deutschland 2,5 Millionen Männer und Frauen unter Waffen haben, um da mithalten zu können. Auch wenn Friedrich Wilhelm den Beinamen Soldatenkönig trägt: Kriegslüstern ist er nicht. Vielmehr versucht er, sich aus sämtlichen Kriegshändeln herauszuhalten.

Bei Friedrich Wilhelms Tod im Jahr 1740 ist Preußen in Europa nicht länger ein Spielball, sondern einer der großen Spieler. Seine Macht gründet auf der viertgrößten Armee und einem beachtlichen Staatsschatz. Dass der Nachfolger Friedrich II. Preußens neue militärische und ökonomische Fähigkeiten gleich nach seinem Amtsantritt für einen Raubkrieg nutzen wird, das steht auf einem anderen Blatt.

1815: Das Gipfeltreffen in Wien gestaltet Europa neu